

Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Probleme  
militärischer Auslandsaufklärung:  
Bundeswehr und Nachrichtendienste zwischen  
Arbeitsteilung und Kooperation

*Arne Pilniok*

*Inhaltsverzeichnis*

I.	Staatliches Wissensmanagement als Governance-Problem . . . . .	40
II.	Nachrichtendienste und Militärisches Nachrichtenwesen als staatliche Wissensinfrastrukturen . . . . .	41
1.	Organisationsstrukturen und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	41
a)	Militärisches Nachrichtenwesen der Bundeswehr . . . . .	41
b)	BAMAD . . . . .	45
c)	BND . . . . .	47
2.	Aufgabenzuweisung und Abgrenzungsnotwendigkeiten . . . . .	48
3.	Arten und Kennzeichen militärischer Auslandsaufklärung . . . . .	52
4.	Nachrichtendienste und Militärisches Nachrichtenwesen im Kontext des parlamentarischen Regierungssystems . . . . .	54
III.	Arbeitsteilung und Kooperationsmechanismen zwischen den Nachrichtendiensten und dem Militärischen Nachrichtenwesen . . . . .	56
1.	Gesetzliche Kooperationsaufträge und faktische Kooperationsnotwendigkeiten . . . . .	57
2.	Verwaltungsverträge als Instrument . . . . .	57
3.	Personelle Verflechtungen . . . . .	58
4.	Informationelle Kooperation . . . . .	60
5.	Amtshilfe . . . . .	60
6.	Zwischenfazit . . . . .	61
IV.	Governance-Probleme und Reformbedarfe . . . . .	62
1.	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das Militärische Nachrichtenwesen . . . . .	62
2.	Ausweitung der Kontrollstrukturen . . . . .	65
V.	Perspektiven . . . . .	67